

Im Gespräch bleiben

Diskussionen um Unterbringung von Asylbewerbern

Seit einigen Wochen sind nun auch in dem Malsfelder Ortsteil Dagobertshausen AsylbewerberInnen und -bewerber untergebracht. bisher sind das 19 Männer, Frauen und Kinder, die aus Äthiopien, China, dem Iran, Somalia und der Türkei (Kurdistan) kommen. Weitere 20 Mien im November hinzukommen und später noch einmal 10-20.

Mit Einladung von Kirchenvorstand und Ortsbeirat fand jetzt eine Informations- und Diskussionsveranstaltung in Dagobertshausen statt, von der folgender Bericht handelt.

Dagobertshausen (hw). Turbulenter ging es bisweilen bei der Veranstaltung „AsylbewerberInnen in unserer Gemeinde“, zu der etwa 100 Bürgerinnen und Bürger in das Dagobertshäuser Jugendheim gekommen waren. Dort standen den Tagobertshäusern, die seit einigen Wochen AsylbewerberInnen in ihrer Gemeinde haben, und einigen Igersthäusern, die in kürze Flüchtlinge bekommen sollen, kompetente Gesprächspartner zur Informations- und Diskussion zur Verfügung.

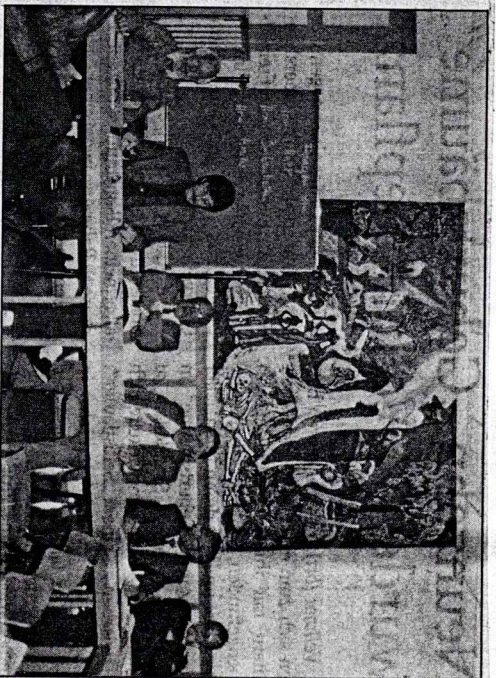
Erschienen waren Kurt Bubbenheim, der Leiter des Homberger Jugendzentrums, der Malsfelder Ortsgemeister Kurt Stöhr, der Eigentümer des Dagobertshäuser

„Asylantenhauses“ Franz Ullwer, Heinz Harlos, Sozialarbeiter, und schließlich Karl-Heinz Ludolph, Ortsvorsteher von Dagobertshausen, und Pfarrer Holger Wieboldt, Vorsitzender des Kirchenvorstandes und mit dem Ortsvorsteher Initiator der Veranstaltung.

Gleich zu Beginn formulierten die Mitglieder des Dagobertshäuser Ortsbeirats ihre Forderung, wonach nicht mehr als zehn Prozent der Bevölkerung, höchstens aber 35 AsylbewerberInnen einquartiert werden dürften. Dem stellte Kurt Bubbenheim gegenüber, daß der Vertrag des Ausgleichsamtes mit dem Hauseigner über 50 Personen abgeschlossen sei. Bubbenheim in diesem Zusammenhang: „Aus religiöser christlicher Nächstenliebe wird keiner Asylbewerber unterbringen, es muß sich auch rechnen.“

... und Angst nehmen

In der Veranstaltung, die den Zweck haben sollte, die „Gemeinde ins rechte Licht zu setzen und Angst zu nehmen“, so Holger Wieboldt, teilte Kurt Stöhr mit: In Dagobertshausen seien Leute untergebracht, die wegen ihrer religiösen, rassischen oder politischen Zugehörigkeit in ihrem Heimatland verfolgt würden. In diese Gruppen schlichen sich allerdings andere ein, die nur



Von links: Hauseigner Franz Ullwer, Pfarrer Holger Wieboldt, Ortsvorsteher Karl-Heinz Ludolph, Bürgermeister Kurt Stöhr, Leiter des Ausgleichsamtes Kurt Bubbenheim und Sozialarbeiter Heinz Harlos. (Foto: hw)

„in ein Land wollen, wo Milch und Honig fließt“.

Aufgabe der Verwaltungsbehörden sei es nun, diese voneinander zu trennen. Den Befürchtungen in der Bevölkerung, daß religiöse und weltanschauliche Spannungen nach außen getragen werden könnten, wollen alle Verantwortungsträger nach Kräften entgegenreten. Bis jetzt, auch das ein Konsens an diesem Abend, läuft das Zusammenleben mit den neuen Mitbürgern reibungslos.

Mehrtrach betonten Bürger, daß sie das Asylrecht in keiner Weise in Frage stellen wollten. Ärgerlich sei allerdings, „wie die Sache hier gelaufen“ sei. Adressat des Vorwurtes

war Bürgermeister Stöhr, dem in scharfer Form vorgeworfen wurde, der Ortsbeirat sei nicht einmal informiert worden. Das Stichwort von der „reinen Verwaltungsbürokratie“ fiel. Der Bürgermeister trat den Anschuldigungen entgegen mit dem Argument, der Gemeindevorstand Malsfeld sei selbst nicht gehört worden.

Das Ausgleichsamt seinerseits gab den schwarzen Peter an die nächsthöhere Stelle weiter! Der Schwalm-Eder-Kreis sei nun mal gehalten, Asylbewerber aufzunehmen, noch 420 Personen bis in den Januar hinein. Einige davon würden auch nach Dagobertshausen kommen, einige nach Hiltgershausen. Denn, so Bubbenheim, „Felsberg hat noch einen Nachholbedarf“.

Bevor neue Asylbewerber nach Dagobertshausen kommen, sollte aber das alte Gasthaus „Zum Adler“ weiter renoviert werden, das nach den Worten des Eigners, auch von außen „ein vernünftiges Gesicht“ bekommen soll.

Nach zwei Stunden bisweilen erhitzter Aussprache bedankte sich der Diskussionsleiter Pfarrer Holger Wieboldt bei Fragern und Befragten und appellierte an die Verantwortungssträger „im konstruktiven Gespräch zu bleiben und gemeinsam kleine Schritte zu gehen mit den Asylbewerbern und den Bürgern in christlicher Verantwortung, die nicht verkenn, daß wir es hier nicht zuerst mit einem Problem, sondern mit Menschen zu tun haben“.

1 24. 10. 1990